



AKADEMIE FÜR
RAUMENTWICKLUNG IN DER
LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT

Großmann, Katrin; Franke, Robert; Henkel, Laura:

Erfahrungsbericht Segregationsanalysen, Teil 1: Die Hürden der Datenbeschaffung

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-1034039>

In:

Steinführer, Annett; Porsche, Lars; Sondermann, Martin (Hrsg.) (2021):
Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 50-61.

= Forschungsberichte der ARL 16.

<http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-10341>



<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/International>

Katrin Großmann, Robert Franke, Laura Henkel

ERFAHRUNGSBERICHT SEGREGATIONSANALYSEN, TEIL 1: DIE HÜRDEN DER DATENBESCHAFFUNG

Gliederung

Vorbemerkung

- 1 Einleitung
- 2 Residentielle Segregation: ein Thema nur für Großstädte?
- 3 Vorgehensweise bei der Datenakquise
- 4 Kleine Städte – kleine Ressourcen: die Hürden bei der Datensammlung
- 5 Fazit

Literatur

Kurzfassung

Teil 1 des Erfahrungsberichts zur Analyse von Segregationstrends in Thüringer Klein- und Mittelstädten berichtet von den Hürden bei der Akquise kleinräumiger statistischer Daten, die Aufschluss über sozioökonomische, ethnische oder demographische Trends geben könnten. Die Städtestatistik ist in der Verwaltung meist mit so geringen Ressourcen ausgestattet, dass die Chancen, einen Zugang zu nutzbaren Daten zu erhalten, sinken, je kleiner die Städte sind. Auch die Sparzwänge schrumpfender Städte tragen dazu bei.

Schlüsselwörter

Residentielle Segregation – Datenverfügbarkeit – Städtestatistik – Kleinstädte – Mittelstädte – Thüringen – schrumpfende Städte

Report on Segregation Analyses, Part 1: The Barriers to Data Acquisition

Abstract

Part 1 of the report analysing segregation trends in small and medium-sized towns in Thuringia discusses barriers to the acquisition of small-scale statistical data that could provide information about socio-economic, ethnic or demographic trends. The limited resources provided for urban statistics within local administrations mean that the chances of obtaining access to useable data decline with the size of the town. The austerity measures necessary in shrinking towns also contribute to this problem.

Keywords

Residential segregation – data availability – urban statistics – small towns – medium-sized towns – Thuringia – shrinking towns

Vorbemerkung

Die residentielle Segregation von Klein- und Mittelstädten in Deutschland ist eine Black Box, über die fast nichts bekannt ist. Vielmehr existiert der Mythos eines starken sozialen Zusammenhalts und einer geringen sozialräumlichen Differenzierung zwischen den städtischen Teilgebieten.

Dieser Erfahrungsbericht dokumentiert in zwei Teilen den nahezu gescheiterten Versuch, die residentielle Segregation von Thüringer Klein- und Mittelstädten mithilfe öffentlich verfügbarer Daten zu erforschen. Dabei sollten die drei klassischen Dimensionen von Segregation untersucht werden: die ethnische, die sozioökonomische und die demographische Segregation. Im ersten Teil berichten wir von den Erfahrungen der Datenakquise und systematisieren die Hürden, die hierbei aufgetreten sind. Sie reichen von Missverständnissen in Bezug auf die „Kleinräumigkeit“ sozialstruktureller Daten, mangelnde Verfügbarkeit und Datenschutz-Restriktionen, bis hin zu mangelnden behördlichen und personellen Kapazitäten oder unvollständigen Zeitreihen. Wir kommen zu dem Schluss, dass die Hürden im Zugang zu kleinräumigen Daten groß und für sozioökonomische Daten nahezu unüberwindbar sind. Vergleichende sekundärstatistische Analysen werden somit schier unmöglich gemacht. Dabei hängt dies unmittelbar mit der Situation der Verwaltungen von Klein- und Mittelstädten zusammen, die von Ressourcenknappheit geprägt ist.

1 Einleitung

Die sozialen und sozialräumlichen Aspekte der Entwicklung kleinerer Städte in Deutschland gehören zu den grundlegenden Desiderata einer nicht großstadtbezogenen Stadtforschung – sie sind eine Black Box, über die fast nichts bekannt ist (Schenkel/Großmann 2021; Kirchhoff 2021; Schiemann/Steinführer 2021, Steinführer/Großmann/Schenkel 2018). Dabei befasst sich die Segregationsforschung nicht nur fast ausschließlich mit Großstädten, es gibt sogar Stimmen, die bezweifeln, dass Segregation in Klein- und Mittelstädten überhaupt ein Thema sei: „Die sozialen, kulturellen und räumlichen Differenzierungen sind in der Großstadt größer als in der Kleinstadt. Die grundsätzliche Gleichung lautet: Je kleiner der Ort, desto größer dessen Einheit und Identität und das Identitätsgefühl seiner Bevölkerung“ (Boos-Krüger/Wilk 2011: 66). Die wenigen verfügbaren aktuellen Arbeiten weisen allerdings darauf hin, dass Segregation ein wichtiges Thema für Kleinstädte ist. Jüngst zeigte eine Auswertung innerhalb des Difu-Projekts „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“, dass ausländische Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund teilweise stark segregiert im Stadtraum wohnen. Insbesondere in den ostdeutschen Beispielen sind die Index-Werte hoch, was auf die Zuwanderungsprozesse und die Baustrukturen zurückgeführt wird. Die empirische Basis ist jedoch mit sechs untersuchten Städten gering, es wird nur die ethnische Segregation untersucht und auch nur zu einem Zeitpunkt, nicht im Prozess (Landua/Kirchhoff 2018). Den Prozess der Segregation betrachtete eine Studie zu Delitzsch im Norden von Leipzig mit dem Interesse, wie Energiekosten und Segregation zusammenwirken. Hier wurde aus den Angaben einer Befragung zu Wohndauer und Sozialstatistik deutlich, dass soziale Statusdifferenzen der Quartiere durch die Zuzüge der jüngeren Vergangenheit gestiegen sind (Grossmann/Buchholz/Buchmann et al. 2014).

Dieser Beitrag beschreibt in zwei Teilen das Vorgehen und die Ergebnisse eines Versuchs, diese Forschungslücke für Klein- und Mittelstädte zu verkleinern. Das nachfolgend beschriebene Vorhaben wurde aus pragmatischen Gründen recht früh auf Klein- und Mittelstädte erweitert, denn einerseits ist Segregationsforschung eine nahezu reine Großstadtforschung, und auch Mittelstädte sind ein blinder Fleck der Forschung. Andererseits ist es für Mittelstädte – sagen wir es nüchtern formuliert – weniger aussichtslos, überhaupt zu Ergebnissen zu kommen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Fachgebiet Stadt- und Raumsoziologie an der Fachhochschule Erfurt haben von Sommer 2017 bis Sommer 2018 versucht, für das Bundesland Thüringen kleinräumige Daten zu den drei klassischen Dimensionen der residentiellen Segregation zu beschaffen und auszuwerten. Kleinräumig bedeutet zunächst die Abgrenzung von Teilräumen unterhalb der Stadtgrenze. Für Segregationsanalysen ist es wichtig, dass dabei Quartiere abgesteckt werden, die auch in der Lebenswelt eine Art Zusammenhang bilden. Dabei arbeiten Segregationsforscherinnen und -forscher meist pragmatisch mit allem, was statistisch vorhanden ist: Oft sind das administrative Stadt- oder Ortsteildaten, notfalls sogar Wahlbezirksdaten, auch wenn diese meist recht große und in sich bereits heterogene Einheiten umfassen. International wird häufig mit den Blockstrukturen aus dem Zensus gearbeitet. Bei Analysen zu Segregationstrends mithilfe von Indizes ist darüber hinaus wichtig, dass die Einheiten über die Zeit stabil bleiben.

Im Folgenden beschreiben wir zunächst das Vorgehen bei der Datenakquise und werten die Befunde im Hinblick auf die Hürden der Datenbeschaffung aus.

2 Residentielle Segregation: ein Thema nur für Großstädte?

Voraussetzung einer sozialräumlichen Differenzierung sind einerseits heterogene Sozialstrukturen und andererseits heterogene Baustrukturen. Die Überlagerung beider Differenzierungen in Angebot und Nachfrage auf lokalen Wohnungsmärkten führt zu einer ungleichen Verteilung sozialer Gruppen im Stadtraum, die sozialräumliche bzw. residentielle Segregation genannt wird. Als Ursachen gelten die Mechanismen der Wohnungsmärkte, die Verwertungsinteressen von Immobilienunternehmen, die Wohnpräferenzen von Haushalten sowie die Restriktionen und Diskriminierungen, die sie hier erfahren (Friedrichs/Triemer 2008; Maloutas/Fujita 2012; Marcuse/van Kempen 2002). Diese Problematik gehört national wie international zu den Dauerbrennern der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung. Bereits die historischen Arbeiten von Engels (1845) widmeten sich den schlechten Lebensverhältnissen in englischen Industriestädten, das Team um Charles Booth bildete erstmals die Konzentrationen unterschiedlicher sozialer Lagen in London auf Karten ab (Booth 1902). Die Chicago School erfasste in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem die ethnischen Milieus als Lebenswelten und als Muster im Stadtraum (vgl. Lindner 2004). Die Segregationsforschung blühte mit der Entwicklung von Indizes zur Messung von Segregation in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weiter auf, blieb aber gerade in dieser messungsorientierten Forschungslinie auf Großstädte bezogen (Duncan/Duncan 1955; vgl. auch Ocejo/Kosta/Mann 2020). Prägnanterweise sind aktuelle international vergleichende Publikationen auf Großstädte und Metropolen ausgerichtet (Ma-

loutas/Fujita 2012; van Ham/Tammaru 2017). Für Deutschland stellten Helbig und Jähnen (2018) zuletzt fest, dass die Segregationsindizes vor allem für die Gruppe der Haushalte, die von sozialstaatlichen Leistungen abhängig ist, deutlich ansteigen, und das insbesondere in Ostdeutschland. Sie bezogen sich dabei auf Großstädte, für die im Rahmen der Innerstädtischen Raumbearbeitung (IRB) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) kleinräumige Daten gesammelt werden.

Kleinstädte werden häufig als stark integrierte und sozialräumlich nicht oder schwach differenzierte Stadtgesellschaften charakterisiert (Schenkel/Großmann 2021). Die Segregation nehme mit der Stadtgröße quasi linear zu, so die ungeprüfte Annahme (Boos-Krüger/Wilk 2011; Schmidt-Lauber 2010). Krupka (2007) setzt sich mit dieser Annahme mit Bezug auf US-amerikanische Städte auseinander und zeigt, dass sie auch in diesem Kontext existiert, aber schlicht falsch ist. Er argumentiert, dass es die unterschiedlichen räumlichen Strukturen und die andere Siedlungsdichte in Kleinstädten seien, die dann anders zugeschnitten werden als in Großstädten und entsprechend weniger trennscharf die kleinräumige Konzentration sozialer Gruppen abbilden. Für Deutschland finden sich in älteren Stadt- und Gemeindestudien wiederholt Hinweise auf Statusdifferenzen von Quartieren in Kleinstädten (Grötzbach 1963; Luckmann 1970; vgl. Schenkel/Großmann 2021). Luckmann (1970: 38) beispielsweise beschreibt Bretten in Süddeutschland als eine Stadt mit sieben sozialräumlichen Lagen: vom „Prominentenhügel“ für Fabrikanten, höhere Angestellte, Akademiker und Beamte, über „Siedlungen“ für Industriearbeiter, einfache Angestellte und Zugewanderte bis zum „Negerbusch“ bzw. „unten im Loch“ (ebd.). Die These von den gering sozialräumlich differenzierten Klein- und Mittelstädten scheint also schon historisch nicht haltbar.

3 Vorgehensweise bei der Datenakquise

Um Segregationstendenzen kleinräumig zu untersuchen, sind entsprechende Daten nötig. Solche Daten werden durch das Thüringer Landesamt für Statistik jedoch nicht gesammelt, sondern sind – wenn überhaupt – nur in kommunalen Ämtern verfügbar. Wie schwierig der Zugang zu solchen Daten ist, beschrieben jüngst Landua und Kirchoff (2018), die selbst bei vertraglich abgesicherten Kooperationspartnerschaften nicht von allen Projektkommunen kleinräumige Daten auf Wahlbezirksebene erhalten haben.

Wir entschieden uns für eine umfassende Datenakquise über die einzelnen Stadtverwaltungen und die dort jeweils zuständigen Stellen. Das Ziel war die Zusammenstellung einer für die Thüringer Klein- und Mittelstädte möglichst flächendeckenden Sammlung zu kleinräumigen sozialstrukturellen Daten. Für die Abbildung der drei klassischen Dimensionen von Segregation (demographisch, ethnisch, sozioökonomisch) fragten wir also nach den in Großstädten üblicherweise verwendeten Indikatoren zu Bevölkerungsentwicklung, Alter, Familienstatus, Migrationshintergrund, Arbeitslosenquote oder Anzahl transferabhängiger Haushalte sowie des Leerstands. Die jeweiligen zuständigen Ämter der Kommunen wurden zuerst per E-Mail informiert und im weiteren Verlauf oft auch telefonisch kontaktiert. Die Kontaktaufnahme erwies sich als eine Odyssee, sie verlief in der Regel nach folgendem Muster:

- 1 Ermittlung von Kontaktdaten und -möglichkeiten über die Internetauftritte der Städte.
- 2 Telefonische Ansprache: Zwei im Projekt mitarbeitende studentische Hilfskräfte stellten sich als Studierende der Fachhochschule Erfurt vor und baten für ein Forschungsprojekt im Fachgebiet Stadt- und Raumsoziologie um Daten zur sozial-räumlichen Entwicklung von Klein- und Mittelstädten in Thüringen, eingeteilt in kleinräumige Ebenen oder Wahlbezirke in Bezug auf die soziale Struktur. Wenn in der jeweiligen Stadt vorhanden, erfolgte die Anfrage direkt an das Statistikamt, sonst auch an weitere zuständige Abteilungen, wie beispielsweise Standesamt, Bauamt, Ordnungs- und Bildungsamt, EDV, Stadtplanungsamt, Bürgerbüro, Ortsteilbürgermeister, Einwohnermeldeamt oder die Abteilung Wahlen.
- 3 Bei positiven Absichtserklärungen der Ämter, bei Rückfragen, der Bitte um Weiterleitung oder fehlender telefonischer Erreichbarkeit folgte im nächsten Schritt eine E-Mail mit allen Informationen.
- 4 Erfolgte nach einer gewissen Zeit keine Antwort auf unsere Telefonate und E-Mails, wurden erneut Rückfragen per Telefon oder E-Mail durchgeführt.

Das Ergebnis ist – wie schon angedeutet – mager. Letztlich waren für Städte mit unter 8.000 Einwohnern keine kommunalen statistischen Aufarbeitungen zu bekommen. Daten, die die Berechnung von Segregations- und Isolationsindizes für die Verteilung der Altersgruppen 0–17 und 65+ erlauben, waren für fünf der 35 angefragten Städte¹ verfügbar, davon eine Kleinstadt und vier Mittelstädte. Für eine Berechnung der Segregations- und Isolationsindizes für Ausländerinnen und Ausländer haben wir von 8 der 35 Kommunen verwertbare Daten erhalten, davon eine Kleinstadt und sieben Mittelstädte (vgl. Großmann/Franke/Henkel 2021).

4 Kleine Städte – kleine Ressourcen: die Hürden bei der Datensammlung

Die Reaktionen aus den Städten auf unsere Anfragen waren sehr unterschiedlich. Wenige haben trotz mehrfacher schriftlicher und telefonischer Anfragen gar nicht reagiert, hin und wieder hieß es, man wisse nicht, wozu das gut sein solle. In der Regel gab es jedoch einen Kontakt (Überblick in Abb. 1). Im Folgenden stellen wir typische Reaktionen auf unsere Anfragen vor. Dabei nennen wir nur solche Städte namentlich, von denen wir im Verlauf der Akquise Daten erhalten haben. Andere Fälle, die zur Erläuterung der Hürden wichtig sind, haben wir anonymisiert.

Missverständnisse: In vielen Fällen wurde das Anliegen, kleinräumige Daten zu Altersgruppen, Nationalität oder Arbeitslosigkeit der Stadt zu erhalten, zunächst gar nicht verstanden. Insbesondere die Frage nach Kleinräumigkeit wurde oft missinter-

1 Dies entspricht allen Klein- und Mittelstädten in Thüringen, die mehr als 8.000 EinwohnerInnen haben. Davon sind 18 Städte Kleinstädte mit unter 20.000 EinwohnerInnen, 15 kleine Mittelstädte mit unter 50.000 EinwohnerInnen und zwei große Mittelstädte mit 50.000 bis 100.000 EinwohnerInnen.

pretiert. Unsere Erläuterungen für „kleinräumig“ in der Ansprache waren „nach Stadtteilen/Quartieren getrennt“, trotzdem wurden uns letztlich z. B. Alterspyramiden der Gesamtstadt für das laufende Jahr zugesandt. Ein konkretes Beispiel für ein solches Missverständnis ist eine größere Kleinstadt, wo die Stadtstatistik im Bürgerbüro gepflegt wird. Unsere Anfrage wurde schnell bearbeitet, und wir erhielten insgesamt 34 Seiten von Hand eingescannter Statistiken der letzten 13 Jahre, die wiederum in einzelne Word-Dateien verpackt worden waren. Es wurde also ein gewisser Aufwand getrieben, um die – nach Meinung der Verwaltung kleinräumigen – Daten für uns zugänglich zu machen. Bereits nach kurzer Sichtung zeigte sich jedoch, dass die Statistik lediglich nach Kernstadt und eingemeindeten Ortsteilen unterschied.

Ähnliche Missverständnisse und unterschiedliche Auffassungen des Begriffs „kleinräumig“ gab es in mehreren Telefonaten und Mailkonversationen. Als Beispiele seien dazu zwei weitere Fälle aus einer größeren Kleinstadt und einer kleinen Mittelstadt genannt. In der Mittelstadt wurde uns mitgeteilt: „Die Aufgliederung nach Alter und Geschlecht pro Stadtviertel ist auch vorhanden, teilweise aber nur in Papierform. [...] Wir werden Ihnen die in unserer Behörde vorhandenen Statistiken zuschicken“. In der Kleinstadt sagte der Sachbearbeiter² am Telefon aufgeschlossen: „Da habe ich etwas für Sie, ich schicke es mit der Post zu“. In beiden Fällen erwiesen sich die zugesendeten Akten jedoch ebenfalls als Aufteilung zwischen Kernstadt und Ortsteilen, nicht nach einzelnen Stadtvierteln.

Verfügbarkeit der Daten: Die Verwaltung einer weiteren Kleinstadt fragte telefonisch nach, welche Kleinräumigkeit wir uns vorstellen. Das Gespräch zeigte daraufhin jedoch, dass sich die Möglichkeiten der Verwaltung schlussendlich auf die Zusendung von Bevölkerungspyramiden für das Jahr 2017, ebenfalls aufgeteilt nach Kernstadt und Ortsteilen, beschränkten. Diese Daten sind für Segregationsanalysen aber unbrauchbar. Insbesondere in den Kleinstädten waren also aggregierte Daten auf einer anderen als der gesamtstädtischen Ebene nicht verfügbar. Eine Einteilung unterhalb der Gemeindeebene bezieht sich häufig auf die Unterteilung in die Kernstadt, also das kompakt bebaute Gebiet der Kleinstadt, und die in den vergangenen Jahrzehnten eingemeindeten Ortsteile, also ehemalige Dörfer. Diese Art der räumlichen Aufteilung der Statistik sendeten uns insgesamt elf Städte, und es ist zu vermuten, dass auch in weiteren Gemeinden eine ähnliche Einteilung genutzt wird. Sozioökonomische Daten auf kleinteiliger Ebene wurden uns, wie bereits erwähnt, bis auf eine Ausnahme nicht ausgegeben, häufig mit Verweis auf Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit, die uns wiederum zurück an die Stadtverwaltungen verwies. Daten zur sogenannten ethnischen Dimension von Segregation wurden, wenn überhaupt, dann in den beiden Kategorien zur Nationalität als Deutsche bzw. Ausländer/Ausländerinnen ausgegeben.

In sieben Städten (darunter sowohl Kleinstädte als auch kleine Mittelstädte) erhielten wir den Hinweis, dass kleinräumige Daten überhaupt nicht erfasst werden. Oft wurde auf ein erstes Telefonat hin ämterintern geprüft, welche Daten überhaupt zur Verfügung stehen, worauf nach einigen Tagen die Information gegeben wurde, dass innerhalb der Stadt keinerlei kleinräumige Daten gesammelt werden. Ein prägnantes Bei-

2 Das Geschlecht der genannten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ist nach Losverfahren dargestellt, um die Anonymisierung zu unterstützen.

spiel ist eine kleine Mittelstadt, die unsere Anfrage nicht telefonisch, sondern nur in schriftlicher Form annehmen wollte und uns daraufhin ebenfalls schriftlich absagte, da aufgrund „einer fehlenden Statistikstelle in der Stadt auch keine kleinräumigen Daten zur Sozialstruktur und zum Leerstand vorhanden sind“.

Personelle Ressourcen: In mehreren der Gespräche mit den Verwaltungen schien es, dass möglicherweise eine Einteilung z.B. nach Wahlbezirken, wie sie auch von Landua und Kirchhoff (2018) genutzt wurden, verfügbar wäre, aber die Daten nicht aggregiert aufbereitet sind. In einem konkreten Fall schreckte die Ansprechpartnerin vor einem hohen Arbeitsaufwand zurück und lehnte die Bearbeitung der Anfrage mit Verweis auf fehlende personelle Kapazitäten ab. Eine kleine Mittelstadt hat auf Nachfrage berichtet, dass es kleinräumige Daten gebe, diese jedoch aufbereitet werden müssten, was Gebühren nach sich ziehen würde. Nachdem wir die Bereitschaft signalisiert haben, Gelder aufzubringen, erhielten wir keine Antworten mehr.

Darüber hinaus ist es vorgekommen, dass in mehreren Städten zwar mit der Bearbeitung begonnen wurde, nach der Zusendung erster Ergebnisse jedoch die Bearbeitung eingestellt werden musste. Ein Beispiel dafür ist die kleine Mittelstadt Ilmenau, die ebenfalls eine der Kommunen in der Arbeit von Landua und Kirchhoff (2018) ist. Hier waren kleinräumige Daten nach Wahlbezirken aufgeteilt verfügbar, sicherlich weil diese bereits für die Difu-Studie aggregiert worden waren, allerdings nicht im Zeitverlauf. Nach Zusendung von drei aufbereiteten Jahresstatistiken wurde mitgeteilt: „Die Erstellung der Statistiken für die Jahre 2001 bis 2015 wird noch etwas dauern, da zzt. die bevorstehende Gemeindefusion mit der Eingemeindung von [neuen Ortsteilen] Vorrang hat und sämtliche Kräfte unserer Abteilung bindet. Sobald wieder etwas Zeit zur Verfügung steht, bekommen Sie die Zahlen. Versprochen!“ (Verwaltungsmitarbeiterin Ilmenau 2018). Leider konnten die fehlenden Daten, auch nach mehrmaligen Rückfragen bis zum Abschluss der Datensammlung nicht nachgereicht werden. Die Akquise verdeutlichte, dass je kleiner der Ort ist, auch die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass es eine Statistikabteilung oder überhaupt eine zuständige Person für Datenaufbereitung gibt (vgl. Milbert/Fina 2021). Drei größere Kleinstädte lehnten unsere Anfrage mit der Begründung ab, dass die Kommune keine eigene Zuständigkeit für Statistik habe.

In den Klein- und Mittelstädten hängt der Umgang mit statistischen Daten somit offenbar – wenn überhaupt – oft an einzelnen Personen, die zudem mehr oder weniger geschult sind, damit umzugehen. Die Anfrage nach kleinräumigen Daten kann also an Personalengpässen oder auch an fachlicher Überforderung scheitern. Interessant erschien uns beispielsweise, dass uns Daten oft als Ausdruck zugesandt wurden, was sicher aufwendiger war, als eine Datei zu verschicken. Auffällig war auch das häufig gleiche Layout der zugeschickten Unterlagen, wodurch die Vermutung naheliegt, dass viele Gemeinden das gleiche Programm zur Datenerfassung nutzen und dann die beste zur Anfrage passende Zusammenstellung ausgedruckt oder kopiert haben. Eine Kreuzung der gewünschten Daten mit kleinräumigen Raumabgrenzungen oder Wahlbezirken scheint damit jedoch nicht möglich zu sein.

Es zeigte sich aber auch, dass Geduld, ausführliche Erklärungen und eine gewisse Beharrlichkeit zum Ziel führen können. In einer kleinen Mittelstadt zeigten sich zunächst die bereits erwähnten Schwierigkeiten mit Zeitmangel und Personalengpässen. Ein Mitarbeiter wirkte regelrecht entsetzt ob des erforderlichen Arbeitsaufwandes, stellte Kosten in Aussicht und wehrte ab, Daten gebe es nur auf Ebene der Ortsteile. Auf Wahlbezirke heruntergebrochen müsse er die Daten erst anfertigen. Durch mehrmaliges Erläutern und Nachfragen erhielten wir jedoch nach drei Monaten nutzbare Daten. In einer anderen Stadt hingegen gab es eine Verwaltungsmitarbeiterin, die sich ohnehin intensiv mit den statistischen Daten auseinandersetzt und diese bereits vor der Anfrage aufbereitet hatte. Hier war die Bereitschaft groß, die gewünschten Daten zu verschicken.

Fehlende Kontinuität in den Daten: Eine weitere Hürde sind Diskontinuitäten in der Datensammlung und -aufbereitung. Die Zeiträume der verfügbaren Daten sind sehr unterschiedlich, es gibt Unterbrechungen, die räumlichen Zuschnitte variieren, was die Daten für Segregationsanalysen unbrauchbar macht. Ein Vergleich der zeitlichen Verläufe zwischen verschiedenen Städten, wie das etwa Helbig und Jähnen (2018) für die Großstädte erarbeiten konnten, ist nicht möglich. So haben wir Daten von Gera für die Jahre 2012–2016, für Weimar von 1994 sowie von 2001–2017 und für Altenburg von 1996–2014. Daten von vor dem Jahr 2000 sind – außer in Altenburg und einem Jahr in Weimar – praktisch nicht vorhanden, einige Städte können nur Daten der letzten drei Jahre weitergeben, während andere durch Schließung von Statistikämtern oder Personalmangel in den letzten Jahren ihre Erfassungen verringern oder einstellen mussten. Besonders auffällig ist in diesem Kontext die Stadt Altenburg, in der die Statistikstelle zwischen 1996 und 2015 ausführliche und kleinräumig aufgelöste Daten in Jahrbüchern veröffentlicht hat. Somit haben wir in Altenburg die umfassendste und langfristige Datensammlung in unserer Akquise vorgefunden. Leider enden diese Datenreihen 2015, da „[m]it Beschluss vom 29. Januar 2015 (...) der Stadtrat die Aufhebung der Statistiksatzung der Stadt Altenburg und damit gleichzeitig die Auflösung der Statistikstelle der Stadt beschlossen [hat]“ (Stadtverwaltung Altenburg 2015).

Datenschutz: Dass Kleinstädte eben klein sind, bedeutet auch, dass räumliche Einheiten oft die für den Datenschutz relevante Schwelle von 1.000 Einwohnern/Einwohnerinnen unterschreiten. Daten durften dann nicht mehr herausgegeben werden oder die Herausgabe wurde insgesamt abgelehnt. Eine große Kleinstadt teilte nach einem Telefonat mit, dass kleinräumige Daten zwar erarbeitet wurden, eine Weitergabe an uns zu Forschungszwecken aufgrund von Datenschutzbestimmungen jedoch nicht möglich sei. Datenschutzprobleme traten auch in den großen Mittelstädten auf. Beispielsweise konnten Arbeitslosendaten oft nicht weitergeben werden, weil auch in größeren Städten bei der gewünschten Kleinräumigkeit bei unter 1.000 Betroffenen eine Rückverfolgbarkeit der Daten nicht ausgeschlossen werden konnte.

Teilweise war den zuständigen Sachbearbeitern/Sachbearbeiterinnen unklar, welche Daten herausgegeben werden dürfen beziehungsweise welches Amt überhaupt zuständig ist. Es ist daher zu vermuten, dass die Herausgabe von Daten in einigen Fällen auch aus Selbstschutz abgelehnt wurde. Die neuen Datenschutzbestimmungen der EU dürften diese Haltung weiter steigern.

Was ermöglichte nun den Erfolg? Ein Türöffner waren natürlich Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner, die selbst ein Faible für Statistik haben. Auch eine institutionalisierte Routine der Datenaufbereitung, wie sie in Weimar existiert und in Altenburg bis 2015 existiert hat, ermöglicht kleinräumige Analysen. Meist gibt es dort dann eine direkte Ansprechpartnerin / einen direkten Ansprechpartner, die/der mit der Thematik vertraut ist und auf die Fragestellung eingehen kann. Ein anderer förderlicher Umstand kann sein, dass Städte an Projekten oder Förderprogrammen teilnehmen oder teilgenommen haben, für die kleinräumige Daten generiert wurden, wie beispielsweise der Sozialmonitor in Eisenach. Dort erhielten die Städte in den Projekten externe Unterstützung, um die Arbeit umzusetzen. Doch auch in solchen Fällen sind die Daten teilweise nicht nutzbar, da diese kleinteiligen Statistiken im Rahmen von Förderprogrammen oft nur für ausgewählte Stadtteile erarbeitet wurden. Verdeutlichen lässt sich dies am Beispiel der Stadt Pößneck, in der statistische Daten in sogenannten Monitoringgebieten kleinräumig gesammelt werden. In diesen Gebieten lebt ca. ein Drittel der Einwohner/Einwohnerinnen, die anderen zwei Drittel sind jedoch – wenig kleinräumig – einer großen „Reststadt“-Kategorie zugeordnet. Ein weiteres Beispiel für die grundsätzliche Verfügbarkeit kleinräumiger Daten stellt das statistische Landesmonitoring dar, von dessen Teilnahme uns eine Mitarbeiterin einer großen Kleinstadt berichtete. Eine Herausgabe der Daten wurde uns zugesichert, jedoch trotz mehrmaliger Nachfragen nicht umgesetzt.

Unsere Akquise scheiterte hier also nicht (oder nicht nur) an der grundlegenden Verfügbarkeit kleinräumiger Daten, sondern auch an einem Zusammenspiel aus Datenschutzbedenken, fehlenden Zeitreihen und einem Abbruch der Rückmeldungen auf unsere Nachfragen seitens der Verwaltungsmitarbeiterinnen/-mitarbeiter.

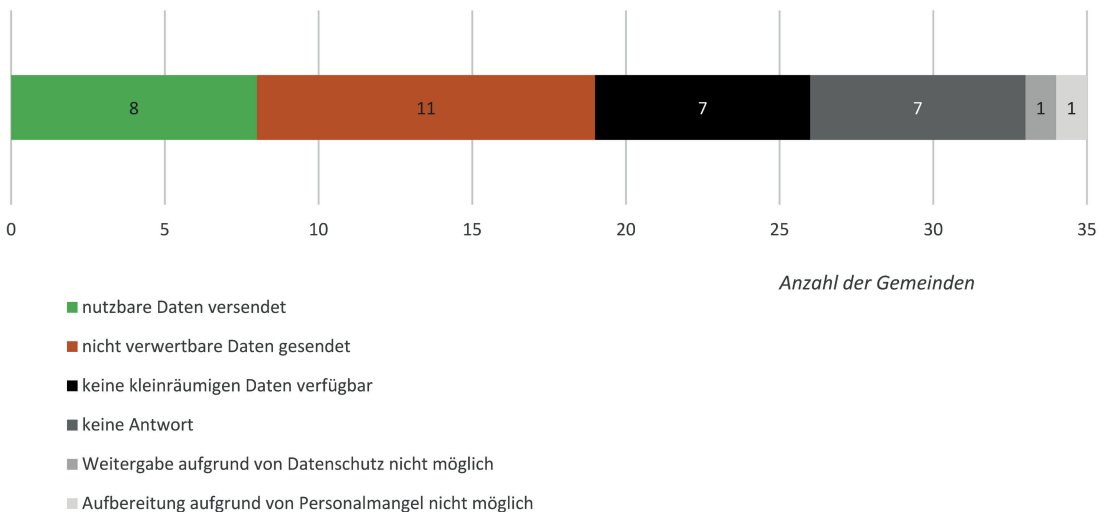


Abb. 1: Überblick über die Ergebnisse der Datenakquise in 35 Thüringer Klein- und Mittelstädten /
Quelle: eigene Darstellung

Zusammenfassend konnten aus acht von 35 kontaktierten Städten verwertbare Daten zur Nationalität gewonnen werden sowie aus fünf dieser Städte auch Daten zu Altersgruppen. Von den restlichen 27 angefragten Kommunen haben elf zwar Daten gesendet, diese konnten aufgrund fehlender Kleinräumigkeit oder unzureichender zeitlicher und räumlicher Kontinuität jedoch nicht genutzt werden. Sieben Städte teilten mit, dass sie keine kleinräumigen Daten führen, sieben reagierten nicht auf unsere An- oder Nachfragen, und zwei Kommunen gaben entweder den Datenschutz oder fehlendes Personal als Begründung für eine Ablehnung an. Wie oben beschrieben ist jedoch zu vermuten, dass auch in einigen der 14 Städte ohne Rückmeldung bzw. mit fehlenden Daten datenschutzrechtliche Bedenken und Personalengpässe eine Rolle gespielt haben dürften und die Aussage der fehlenden Verfügbarkeit als Vorwand verwendet wurde.

Als Ergebnis ist festzustellen, dass die Recherche zu kleinräumigen Segregationsdaten selbst bei hohem Zeitaufwand und ausführlicher Ansprache kaum zu den für Segregationsanalysen benötigten Daten führt. Auch wenn die Daten bei verschiedenen Stellen, die diese an die Kommunen weitergeben können, vorliegen – nämlich die demographischen und die Migrationsdaten bei den Einwohnermeldeämtern und die sozioökonomischen Daten bei der Bundesagentur für Arbeit –, so sind die Daten doch nicht kleinräumig aggregiert verfügbar. Entsprechend sind Daten in kleineren Städten tendenziell weniger verfügbar als in größeren. In mehreren kleineren Städten führten darüber hinaus Personalengpässe oder Einsparungen im städtischen Haushalt zu Überforderungen, Stress, Personalmangel oder Schließung des Statistikamts.

Fast durchgängig werden Altersgruppen und Geburtenjahrgänge erfasst sowie Deutsche und Ausländer/Ausländerinnen in die Statistik eingepflegt. Vereinzelt sind darüber hinaus auch Zu- und Wegzüge verzeichnet. Warum manche Städte zwar Daten zu Nationalität verschickt haben, nicht jedoch Daten zu Altersgruppen, können wir nicht beantworten. Wir vermuten, dass pragmatische Gründe wie schnelle Verfügbarkeit der Informationen hier ausschlaggebend waren.

5 Fazit

Die Forschung zu Segregation in Klein- und Mittelstädten in Deutschland ist nicht ohne Grund eine Black Box, denn sie ist – solange sie sich auf öffentlich zugängliche Daten stützen will – nahezu unmöglich. Während die Difu-Studie von Landua und Kirchhoff (2018) sich immerhin auf vertragliche Kooperationen stützen konnte, stellt unsere Studie den Versuch dar, mit Einsatz von Personal und Zeit (drei Personen, Nach- und Rückfragen über circa ein Jahr) Daten zu sammeln.

Die Hürden im Zugang zu kleinräumigen Daten sind groß und hängen unmittelbar mit der Situation von Klein- und Mittelstädten zusammen. Die Verwendung und Weitergabe der Daten liegt bei den Kommunen, doch fehlt es oft an Zeit, personellen Ressourcen, Kompetenzen und auch am Verständnis für das Interesse an kleinräumigen, aggregierten Daten. Letztlich hängt es davon ab, ob eine Statistikstelle vorhanden ist, ob die Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter geschult sind, ob sie die Zeit aufbringen

können und wollen und ob die Aufbereitung von Daten auch kommunalpolitisch unterstützt wird. Insbesondere schrumpfende Städte haben hierfür eben auch nur schrumpfende Ressourcen zur Verfügung.

Darüber hinaus sind nicht für alle drei klassischen Dimensionen der Segregationsforschung Daten überhaupt verfügbar, was wiederum mit dem deutschen System der Statistik von der Kommune bis zum Bund zusammenhängt. In der ethnischen Dimension sind am ehesten Daten zu den Kategorien Deutsche vs. Ausländer/Ausländerinnen verfügbar, feinere Kategorien wie der Migrationshintergrund oder gar Nationalität, Religion o.Ä. gibt es hingegen nicht. Etwas seltener sind kleinräumig aufbereitete Daten für Altersgruppen verfügbar. Für die sozialpolitisch wichtige Dimension der sozio-ökonomischen Segregation haben wir – bis auf eine Ausnahme – gar keinen Zugang zu Daten erhalten. Gegebenenfalls existieren kleinräumige Daten in der Landschaft des Big-Data-Handels mit nahezu adressscharfen Daten (vgl. Milbert/Fina 2021); ohne bzw. mit geringem Kostenaufwand ist die Akquise jedoch ein Hürdenlauf, den die Verschärfung von Datenschutzregeln noch schwieriger machen dürfte.

Während also die landläufige Annahme, dass das Ausmaß der Segregation der Stadt steigt, kaum überprüfbar ist, ist jedoch ein anderer Zusammenhang von Segregationsforschung und Stadtgröße evident: Die Wahrscheinlichkeit, überhaupt quantitative Aussagen zum Ausmaß residentieller Segregation treffen zu können, steigt definitiv mit der Stadtgröße.

Literatur

- Booth, C. (1902): *Life and Labour of the People of London*. London.
- Boos-Krüger, A.; Wilk, B. (2011): Integration in kleinen Städten – ein normativer Erklärungsansatz. In: Alich, M.; May, M. (Hrsg.): *Integrationspotenziale in kleinen Städten. Rekonstruktion der Interessensorientierungen von Zuwanderern*. Leverkusen, 66.
- Duncan, O. D.; Duncan, B. (1955): A Methodological Analysis of Segregation Indexes. In: *American Sociological Review* 20 (2), 210-217.
- Engels, F. (1845): *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*. Leipzig.
- Friedrichs, J.; Triemer, S. (2008): *Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten*. Wiesbaden.
- Großmann, K.; Franke, R.; Henkel, L. (2021): *Erfahrungsbericht Segregationsanalysen, Teil 2: Empirische Befunde*. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): *Kompodium Kleinstadtforschung*. Hannover, 258-274. = *Forschungsberichte der ARL* 16.
- Großmann, K.; Buchholz, J.; Buchmann, C.; Hedtke, C.; Hohnke, C.; Schwarz, N. (2014): Energy costs, residential mobility, and segregation in a shrinking city. In: *Open House International* 39, 14-24.
- Grötzbach, E. (1963): *Geographische Untersuchung über die Kleinstadt der Gegenwart in Süddeutschland*. Regensburg.
- Helbig, M.; Jähnen, S. (2018): *Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten*. Berlin. = *Discussion Paper des WZB* P 2018-001.
- Kirchhoff, G. (2021): *Sozialräumlicher und sozialer Wandel durch Zuwanderung*. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): *Kompodium Kleinstadtforschung*. Hannover, 275-300. = *Forschungsberichte der ARL* 16.
- Krupka, D. J. (2007): Are Big Cities More Segregated? Neighbourhood Scale and the Measurement of Segregation. In: *Urban Studies* 44 (1), 187-197.
- Landua, D.; Kirchhoff, G. (2018): *Sozialräumliche Segregation in Klein- und Mittelstädten? Erkenntnisse aus den Projektkommunen*. In: Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-C.: *Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten*. Berlin, 145-162.
- Lindner, R. (2004): *Walks on the wild side: eine Geschichte der Stadtforschung*. Frankfurt am Main.
- Luckmann, B. (1970): *Politik in einer deutschen Kleinstadt*. Stuttgart. = *Soziologische Gegenwartsfragen* N.F. 35.

- Maloutas, T.; Fujita, K. (2012) (Hrsg.): Residential Segregation in Comparative Perspective. Making Sense of Contextual Diversity. Farnham. = City and Society Series.
- Marcuse, P.; van Kempen, R. (Hrsg.) (2002): Of states and cities: The partitioning of urban space. Oxford.
- Milbert, A.; Fina, S. (2021): Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 24-49. = Forschungsberichte der ARL 16.
- Ocejo, R. E.; Kosta, E. B.; Mann, A. (2020): Centering Small Cities for Urban Sociology in the 21st Century. In: City & Community 19 (1), 3-15. 10.1111/cico.12484.
- Schenkel, K.; Großmann, K. (2021): Wohnen in Kleinstädten – zwischen Potenzial- und Problemheuristiken. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 235-257. = Forschungsberichte der ARL 16.
- Schiemann, S.; Steinführer, A. (2021): In guter Gesellschaft? Sozialstruktur und soziale Beziehungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 209-234. = Forschungsberichte der ARL 16.
- Schmidt-Lauber, B. (2010): Urbanes Leben in der Mittelstadt: Kulturwissenschaftliche Annäherungen an ein interdisziplinäres Forschungsfeld. In: Schmidt-Lauber, B. (Hrsg.): Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole. Frankfurt am Main, New York, 11-36.
- Stadtverwaltung Altenburg (Hrsg.) (2015): Statistiken – Altenburg in Zahlen. <https://www.stadt-altenburg.de/alias/statistik> (02.11.2017).
- Steinführer, A.; Großmann, K.; Schenkel, K. (2018): Wohnen in kleinen Städten: Plädoyer für eine sozialräumliche Perspektive. In: Informationen zur Raumentwicklung 6, 68-79.
- van Ham/Tanmaru (2017): Housing Estates in Europe: Poverty, Ethnic Segregation, and Policy Challenges. Cham.

Autorinnen und Autor

Prof. Dr. Katrin Großmann ist Professorin für Stadt- und Raumsoziologie an der Fachhochschule Erfurt. Sie forscht zu unterschiedlichen Fragen nachhaltiger und gerechter Stadtentwicklung wie der Sozialverträglichkeit energetischer Sanierung bzw. der Energiearmut, zu Fragen des sozialen Zusammenhalts im Zuge von Zuwanderung und lokalen Konflikten. Ihre langjährige Beschäftigung mit schrumpfenden Städten verbindet sie mit weiteren Herausforderungen der Stadtentwicklung wie residentieller Segregation oder der Entwicklungsdynamik von Quartieren. Zudem ist sie im Netzwerk Kleinstadtforschung aktiv.

Robert Franke ist Stadt- und Raumplaner und hat sein Studium an der Fachhochschule Erfurt absolviert. Während des Studiums unterstützte er die Forschung im Fachbereich Stadtsoziologie. Er beschäftigt sich mit zukünftigen Herausforderungen für Klein- und Mittelstädte sowie Fragen zu Energiearmut und Segregation. Zurzeit ist er bei der DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH aktiv und unterstützt Klein- und Mittelstädte in Thüringen bei der Stadtentwicklung und Fördermittelakquise.

Laura Henkel hat an der Fachhochschule Erfurt Stadt- und Raumplanung studiert und war im Rahmen des Studiums im Fachbereich Soziologie als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Dabei hat sie sich unter anderem mit der Beschaffung kleinräumiger Daten von Klein- und Mittelstädten, dem Zusammenhang von Wohn-, Mobilitäts- und Energiekosten und mit Fragen zur Energiearmut befasst. Bei ihrer aktuellen Tätigkeit als Stadtplanerin in einem Thüringer Planungsbüro vertieft sie die Erkenntnisse im Bereich des sparsamen Flächenverbrauchs im Kontext der Siedlungsentwicklung in der Praxis.